

1

# Bielefelder **CDU**

---

18. Dezember 1990

An die  
Präsidentin des Landtages  
Frau Ingeborg Friebe

Platz des Landtages 1

4000 Düsseldorf 1

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
11. WAHLPERIODE

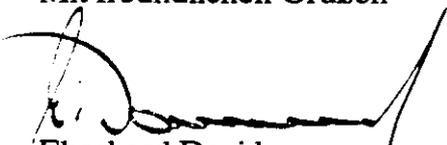
**ZUSCHRIFT**  
**11/341**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die CDU-Bürgermeister-Konferenz OWL hat in ihrer Sitzung vom 29. November 1990 die beigefügte Resolution zum Regierungsentwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes einstimmig beschlossen.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie allen Landtagsabgeordneten den Resolutionstext zur Verfügung stellen würden.

Mit freundlichen Grüßen



Eberhard David  
Oberbürgermeister

4800 Bielefeld 1, Alfred-Bozi-Straße 7, Telefon (0521) 68243/61512

Konten: Sparkasse Bielefeld 139576  
(BLZ 48050161)

Dresdner Bank, Bielefeld 2045060  
(BLZ 48080020)

Bankhaus Lampe, Bielefeld 1/14936  
(BLZ 48020151)

Postgiro Hannover 97729-301  
(BLZ 25010030)

**RESOLUTION  
DER TEILNEHMER DER  
CDU-BÜRGERMEISTER-KONFERENZ OWL  
ZUM REGIERUNGSENTWURF  
DES GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZES 1991**

Mit Entsetzen haben wir den Regierungsentwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 1991 zur Kenntnis genommen.

Trotz steigenden Steueraufkommens von rd. 4,4 Mrd. DM des Landes soll der allgemeine Steuerverbund um rd. 700 Mio. DM für die Kommunen gekürzt werden, obwohl Ministerpräsident Johannes Rau in seiner Regierungserklärung vom 15. August 1990 als Hauptziel der Finanzpolitik des Landes die gleichmäßige Finanzentwicklung aller Haushaltsebenen erklärt hat.

Vor diesem Hintergrund ist uns diese geplante unerträgliche Belastung unserer Kommunen zugunsten des Landeshaushaltes völlig unverständlich und nicht zu akzeptieren.

Die CDU-Bürgermeister-Konferenz OWL sieht in dem Vorgehen der Landesregierung, von Jahr zu Jahr die Finanzaufweisungen der Gemeinden zu verschlechtern und die Gemeinden mit immer mehr Aufgaben zu belasten, einen Anschlag auf die gemeindliche Selbstverwaltung. In diesem Zusammenhang per Gesetz auch noch einen ausgeglichenen Gemeindehaushalt zu fordern, muß als Zynismus bezeichnet werden.

Wir fordern den Ministerpräsidenten und mit ihm die Landesregierung NRW mit allem Nachdruck auf, die vorgesehenen Kürzungen des Steuerverbundes zu verhindern.

Die Teilnehmer der  
CDU-Bürgermeister-Konferenz

Bielefeld, den 29. November 1990